

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des für das Unterrichtswesen zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für das Unterrichtswesen zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Sonderdekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

VORENTWURF EINERS SONDERDEKRETS ZUR SCHAFFUNG EINES ZENTRUMS FÜR INKLUSIVE PÄDAGOGIK

INHALTSANGABE

Vorliegender Sonderdekretentwurf schafft ein autonomes Zentrum für inklusive Pädagogik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Das Zentrum richtet seinen Fokus auf die optimale Entfaltung des Bildungspotentials aller Lernenden und die Förderung der inklusiven Bildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Das Zentrum umfasst vier Fördergrundschulen und eine Fördersekundarschule, ein den Förderschulen angegliedertes Internat sowie einen Beratungs- und Unterstützungsdienst. Die Förderschulen verfolgen das Ziel, auf der Grundlage eines gemeinsamen pädagogischen Konzeptes inklusive Schulen mit mindestens einer Regelschule zu bilden.

Der Beratungs- und Unterstützungsdienst berät, begleitet und unterstützt die Förder- und Regelschulen sowie die Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands bei der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung von inklusiven Bildungsmaßnahmen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln.....	6
Vorentwurf	12

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Politischer und inhaltlicher Rahmen

Die bedarfsgerechte Förderung aller Lernenden nach dem Motto „Jeder Schüler ist ein Förderschüler“ ist ein wichtiges Merkmal der ostbelgischen Bildungspolitik. Das Förderdekret aus dem Jahre 2009 hat die Grundlagen dafür bereitet und diese Grundausrichtung hat weiterhin Gültigkeit.

Mit der Gründung eines pluralistischen und unabhängigen Zentrums für inklusive Pädagogik soll nun der nächste Schritt vollzogen werden, in dem die bestehenden Einrichtungen des Förderschulwesens, die Pater-Damian-Förderschule und das Zentrum für Förderpädagogik, strukturell unter einer Trägerschaft zusammengeführt werden. Damit wird die Netztrennung im Förderschulwesen überwunden und die Systemkomplexität reduziert.

Die Gründung der Einrichtung ist als ein nächster Schritt zur Reform der Förderpädagogik in Ostbelgien zu verstehen, die als langfristiges Ziel hat, in weiteren Etappen die Ressourcen an die Regelschulen zu bringen, um diese so auszustatten, dass sie sich zu möglichst inklusiven Schulen entwickeln können. Das neue Zentrum mit seinen Förderschulen ist demzufolge als Zwischenschritt zu verstehen.

Durch den Zusammenschluss der beiden Förderschulen können die Ressourcen und das Knowhow des neuen Zentrums zielgerichteter und effizienter zur Erfüllung seiner Aufgaben eingesetzt werden, die zwischen den Gründerpartnern in der Absichtserklärung vom 21. Dezember 2021 vereinbart wurden:

1. Erteilung von Förderschulunterricht auf Fördergrundschul- und Fördersekundar-schulebene;
2. Führen eines förderpädagogischen Internats mit inklusiver Ausrichtung;
3. Hilfestellung bei der beruflichen Integration und Inklusion der Schüler sowie Gewährleistung integrativer Praktika in den Betrieben;
4. Zusammenarbeit mit den Regelschulen im Rahmen der Bereitstellung von pädagogischem und therapeutischem Fach- und Unterstützungspersonal;
5. Bereitstellung von pädagogischem und therapeutischem Fach- und Unterstützungspersonal zur Beratung und Hilfe bei der Inklusion von Schülern mit besonderen Bedürfnissen;
6. Beratung und Begleitung der Regelschulen und der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands in förderpädagogischen Fragen und in Fragen zur inklusiven Bildung;
7. Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen der Personalmitglieder im Bildungswesen und zur Förderung der inklusiven Bildung;
8. Mitarbeit bei der Entwicklung von Konzepten zu förderpädagogischen Fragen und zur Förderung der inklusiven Bildung, ihrer Steuerung und Umsetzung.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet das Zentrum mit allen im Bereich der Förderpädagogik und Inklusion tätigen Partnern und insbesondere mit dem Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben zusammen.

Dabei verfolgt das Zentrum in seiner Struktur und in seiner Funktionsweise die folgenden Zielsetzungen, auf die sich seine Gründerpartner verständigt haben:

- Fokus auf die optimale Entfaltung des Bildungspotentials aller Schülerinnen und Schüler;
- Förderung des Rechts auf inklusive Bildung und angemessene Vorkehrungen gemäß Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit einer Behinderung und gemäß Artikel 22ter der Verfassung;
- Förderung des Erfahrungs- und Erkenntnisaustauschs innerhalb der Einrichtung insgesamt und mit externen Partnern;
- Förderung der Teamarbeit innerhalb der Einrichtung und im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Regelschulen;
- Loslösen von einem reinen „Schülerrucksackprinzip“ (Ressourcen werden einem Integrationsschüler, d.h. einem Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf, der in einer Regelschule beschult wird, individuell zugewiesen; aufgrund der steigenden Anzahl dieser Fälle werden die individuellen Ressourcen allerdings stets geringer, sodass eine zielführende Förderung immer schwieriger wird) durch die Bereitstellung von Fach- und Unterstützungskräften auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Zentrum und der betreffenden Schule zu Gunsten eines neuen gedeckelten Verteilerschlüssels, der sich am Bedarf der Schüler und der Schulträger bzw. Schulen insgesamt und im Einzelnen orientiert.

Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention erkennt das Recht von Menschen mit Beeinträchtigung auf Bildung an. Menschen mit Beeinträchtigung erhalten gleichberechtigten Zugang zum allgemeinen Bildungssystem, zur Hochschul-, Berufs- und Erwachsenenbildung sowie zum lebenslangen Lernen. Angemessene Vorkehrungen und notwendige Unterstützungsmaßnahmen sind zur Gewährleistung einer erfolgreichen Bildung zu treffen. Ferner setzt der Artikel voraus, dass lebenspraktische Fähigkeiten und soziale Kompetenzen vermittelt sowie verschiedene Kommunikationsmöglichkeiten gefördert werden, beispielsweise durch die Schulung von Fachkräften und Mitarbeitenden.

Die Verfassung bekräftigt diese Zielsetzung in Artikel 22ter für die Gesellschaft insgesamt: „Jeder Mensch mit einer Behinderung hat das Recht auf vollständige Inklusion in die Gesellschaft einschließlich des Rechts auf angemessene Vorkehrungen“.

Mit der Gründung des neuen Zentrums werden so bessere Voraussetzungen für das Erreichen der „Vision Bildung 2040“ geschaffen. Die Bildungsvision legt den künftigen übergreifenden strategischen Rahmen für Reformmaßnahmen und Bildungsprojekte in Ostbelgien mit dem Ziel fest, ein nachhaltiges und gerechtes Bildungssystem in Ostbelgien zu schaffen.

2. Rechtlicher Rahmen

Bei dem vorliegenden Dekretentwurf handelt es sich um ein Sonderdekret gemäß Artikel 24 §2 der Verfassung, da die Deutschsprachige Gemeinschaft als Schulträger des Zentrums für Förderpädagogik Befugnisse an eine neue autonome Einrichtung abtritt.

Bei dem neuen Zentrum handelt es sich um eine Unterrichtseinrichtung im Sinne von Artikel 24 der Verfassung, weil das Zentrum einen Bildungsauftrag verfolgt: Es organisiert Förderschulunterricht auf Grund- und Sekundarschulebene, umfasst ein Internat und der Beratungs- und Unterstützungsdienst steht den Regel- und Förderschulen sowie den Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands bei der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung inklusiver Bildungsmaßnahmen zur Seite. Die oben erwähnten weiteren Aufgaben des Zentrums, auf die sich die Gründerpartner bereits in der Absichtserklärung vom

21. Dezember 2021 verständigt haben, werden ihm durch ein Dekret, das aufgrund der einfachen Stimmenmehrheit verabschiedet werden wird, anvertraut.

Das neue Zentrum ist eine autonome juristische Person des öffentlichen Rechts im Unterrichtswesen. Als solche unterliegt es der verfassungsmäßigen Verpflichtung in seinen Schulen die Wahl zwischen dem Unterricht in einer der anerkannten Religionen und demjenigen in nicht-konfessioneller Sittenlehre anzubieten gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen in der Unterrichtsgesetzgebung.

Es handelt sich um eine Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß dem Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die den Bestimmungen dieses Dekrets unterliegt. Sie unterliegt ferner dem Gesetz vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte.

Träger des Zentrums ist ein Verwaltungsrat, in den Regierungskommissare entsandt werden. Sie üben in Finanz- und Haushaltsfragen die Kontrolle über das neue Zentrum aus und achten darauf, dass keine Entscheidungen getroffen werden, die im Widerspruch zu einer gesetzlich oder dekretal festgelegten Bestimmung stehen oder das finanzielle Gleichgewicht des Zentrums gefährden könnten.

3. Philosophische Grundlage

Die sogenannte artikulierte Pluralität, die bereits auf die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Kaleido – das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Anwendung findet, bildet die philosophische Grundlage des Zentrums. Sie ermöglicht es, dass sich die bisherigen Träger und Personalmitglieder, die auf unterschiedlicher weltanschaulicher Grundlage arbeiten, in dem neuen Zentrum wiederfinden können, sodass ein harmonisches Arbeiten möglich wird.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Der Artikel legt den Anwendungsbereich des vorliegenden Sonderdekrets fest. Bei dem neuen Zentrum handelt es sich um eine autonome Einrichtung im Unterrichtswesen gemäß Artikel 24 der Verfassung, der gemäß demselben Artikel der Verfassung Befugnisse der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen werden.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Text sind allgemeingültig.

Artikel 3

Die allgemeine Zielsetzung des neuen Zentrums wird festgelegt. Der Fokus des neuen Zentrums liegt auf der Förderung der optimalen Entfaltung aller Lernenden und damit auf der Förderung der inklusiven, chancengerechten Bildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese Zielsetzung ist übereinstimmend mit der Vision für das Bildungswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und mit der Globalen Nachhaltigkeitsagenda der UNESCO, insbesondere dem Nachhaltigkeitsziel Nr. 4, das im Zeichen der „chancengerechten und hochwertigen Bildung“ steht.

Dieser Zielsetzung begegnet das Zentrum auf zwei Ebenen: Zum einen streben ihre Förderschulen die Gründung inklusiver Schulen in Kooperation mit Regelschulen an; zum anderen stellt das Zentrum sich in den Dienst der Regel- und Förderschulen sowie der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand, um sie mit Blick auf die Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung inklusiver pädagogischer Maßnahmen im Sinne der Lernenden zu beraten und zu unterstützen.

Artikel 4

Dem Zentrum werden Aufgaben übertragen, wonach ihm die Gewährleistung der förderpädagogischen Grundversorgung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft obliegt. Es handelt sich dabei um die Aufgaben des Zentrums für Förderpädagogik, die bis dahin in folgenden Rechtsgrundlagen verankert sind:

- Dekret vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen, insbesondere Artikel 6;
- Dekret vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, insbesondere Artikel 93.35, 93.37, 93.39, 93.42, 93.49, 93.72, 93.74;

Zur Erfüllung seiner Aufgaben wird das neue Zentrum – wie schon das Zentrum für Förderpädagogik – eng mit allen Partnern zusammenarbeiten, die sich in den Dienst derselben Zielsetzung, nämlich der Förderung der Inklusion und damit der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit einer Behinderung, stellen. Dazu gehören unter anderem Kaleido – das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen – oder die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben. Das Zentrum ist dafür verantwortlich, die Zusammenarbeit mit eben diesen Partnern strukturiert zu organisieren und darüber zu berichten.

Die weiteren Aufgaben des Zentrums, wie sie von den Gründerpartnern in der Absichtserklärung festgehalten wurden, werden in einem weiteren Dekret, dem sogenannten ordentlichen Dekret, das mit einfacher Stimmenmehrheit verabschiedet werden wird, festgelegt und beschrieben.

Artikel 5

Die Gründung des Zentrums erfolgt durch die Schließung eines entsprechenden Abkommens zwischen den Gründerpartnern: der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 6

Der Inhalt des Gründungsabkommens wird festgelegt. Darin werden neben Angaben zum Zentrum und seiner Trägerschaft auch die Inhaber der Leitungsämter festgehalten. So werden der erste Direktor, zunächst für ein Übergangsmandat von maximal vier Jahren, sowie die Leiter der Förderschulen und des Beratungs- und Unterstützungsdienstes bezeichnet.

Artikel 7

Die Rechtsnatur des Zentrums wird bestimmt. Es handelt sich um eine juristische Person öffentlichen Rechts, auf die unmittelbar die Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge,

über die Verpflichtung, Amtshandlungen zu begründen, und über das Gewerkschaftsstatut Anwendung findet.

Artikel 8

Die Struktur des Zentrums wird festgelegt. Es wird von einem Direktor geleitet. Es umfasst mehrere Förderschulen, ein den Förderschulen angegliedertes Internat sowie einen Beratungs- und Unterstützungsdienst, die jeweils einem Leiter unterstehen. Der Direktor ist den Förderschulleitern, dem Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes sowie dem Internatsverwalter gegenüber weisungsbefugt.

Die weiteren Strukturen werden im ordentlichen Dekret näher beschrieben. Hierzu gehören die dem Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienst unterstehenden Koordinatoren.

Auch die Aufgaben der einzelnen Führungsfunktionen werden im ordentlichen Dekret beschrieben. Dabei wird in der Beschreibung und in der Funktionsweise des Zentrums den Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität gefolgt.

Die Förderschulen werden dazu verpflichtet, mit einer sich in unmittelbarer Nähe befindlichen Regelschule einen gemeinsamen Campus zu bilden und auf der Grundlage eines gemeinsamen pädagogischen Konzepts eine inklusive Schule zu gründen.

Artikel 9

Die Verwaltungs- und Mitwirkungsorgane des Zentrums werden bestimmt. Es handelt sich um den Verwaltungsrat, die Direktion, die Pädagogischen Räte und die vom Verwaltungsrat eingesetzten Beratungsgremien.

Artikel 10

Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates wird festgelegt. Seine Vertreter bilden neben den Gründerpartnern die Akteursgruppen im Bildungswesen ab, die mit der Unterstützung des Zentrums maßgeblich am Aufbau und an der Förderung eines inklusiven Bildungssystems mitarbeiten. Darüber hinaus sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vertreten. Auf Vorschlag des Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung umfasst der Verwaltungsrat ferner fachliche Vertreter aus den Bereichen Gesundheit und inklusive Bildung sowie einen Vertreter der Interessen der Erziehungsberechtigten.

Für jedes effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bezeichnet. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen bezeichnen jeweils zwei Ersatzmitglieder, um die paritätische Vertretung aller repräsentativen Arbeitnehmer- und überberuflichen Arbeitgeberorganisationen zu gewährleisten.

An den Sitzungen des Verwaltungsrates nehmen mit beratender Stimme die Regierungskommissare sowie je zwei Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen teil. Dabei kann es sich im Sinne der Kontinuität um die bezeichneten Ersatzmitglieder handeln.

Die Direktion nimmt aufgrund ihrer Größe und der angestrebten Funktionsweise mit drei Vertretern in beratender Funktion an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil. Hierzu gehören der Direktor, der Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes sowie ein von der Direktion bestimmter Förderschulleiter.

Die Mandatsdauer der Mitglieder beträgt fünf Jahre. Das Mandat ist erneuerbar. Ein Mitglied kann jederzeit abberufen werden. Die Mitglieder werden von der Regierung auf Vorschlag der Organisationen, die sie vertreten, bzw. auf Vorschlag des o. e. Beirats bezeichnet. Die Mitglieder dürfen kein politisches Mandat bekleiden. Sie dürfen nicht Personalmitglied des Zentrums, mit Ausnahme der beratenden Vertreter der Direktion, oder einer Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß der Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein.

Der Vorsitzende wird aus der Mitte des Verwaltungsrates gewählt.

Der Rat kann zentrumsinterne und externe Experten sowie Personalvertreter zu seinen Sitzungen einladen.

Artikel 11

Der Verwaltungsrat ist das Hauptverwaltungsorgan des Zentrums. Seine Aufgaben werden festgelegt. Neben den ihm dekretal zugewiesenen Aufgaben ist der Verwaltungsrat auch in allen Punkten zuständig, in denen andere Verwaltungsorgane gemäß den dekretalen Bestimmungen nicht zuständig sind. Der Verwaltungsrat kann dem Direktor Entscheidungsbefugnisse übertragen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Darin werden u.a. die näheren Modalitäten zur Bezeichnung des Vorsitzenden, zur Konsultation von Experten und Personalvertretern, zu den das Personal betreffenden Entscheidungen oder zur Vorbereitung der Verwaltungsratssitzungen festgelegt.

Artikel 13

Der Verwaltungsrat erstellt einen jährlichen Tätigkeitsbericht, der Regierung und Parlament bis zum darauffolgenden 30. Juni zuzustellen ist.

Artikel 14 und 15

Das Anwesenheits- und das Abstimmungsquorum des Verwaltungsrates werden festgelegt.

Um die Entscheidungsfähigkeit des Verwaltungsrates zu gewährleisten, wird vorgesehen, dass im Falle eines nicht erreichten Anwesenheitsquorums frühestens nach 7 und spätestens nach 14 Tagen eine erneute Sitzung des Verwaltungsrates abgehalten wird, in deren Rahmen unabhängig von der Anzahl anwesender Mitglieder Beschlüsse gefasst werden dürfen.

Artikel 16

Der Verwaltungsrat kann sich bei seinen Entscheidungen auf Gutachten der Pädagogischen Räte oder der von ihm eingesetzten Beratungsgremien stützen. Er begründet seine Entscheidungen gemäß dem Gesetz vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte.

Der Verwaltungsrat legt in seiner Geschäftsordnung fest, welche nicht-konzertierungspflichtigen personalrelevanten Entscheidungen zuvor mit den Personalmitgliedern

besprochen werden sollen. Dadurch werden die Zuständigkeit und die Arbeit des Basiskonzertierungsausschusses in keiner Weise eingeschränkt.

Artikel 17

Die Zusammensetzung der Direktion wird festgelegt. Der Direktor ist den anderen Mitgliedern der Direktion gegenüber weisungsbefugt.

Artikel 18

Die Aufgaben der Direktion werden festgelegt. Hierzu gehört neben der täglichen Organisation und Verwaltung des Zentrums auch die Vorbereitung der Sitzungen des Verwaltungsrates in Zusammenarbeit mit dessen Vertretern.

Im ordentlichen Dekret wird festgelegt, welche Aufgaben in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitglieder der Direktion fallen und welche Aufgaben übergeordneter Art, d.h. die das Zentrum als Ganzes betreffen, der Direktion bzw. dem Direktor obliegen. Dabei stützt sich die Struktur und die Funktionsweise des Zentrums auf die Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität.

Artikel 19

Der Verwaltungsrat des Zentrums setzt Pädagogische Räte für alle Förderschulstandorte, für das Internat und für den Beratungs- und Unterstützungsdienst ein, die ein Informations- und Beratungsrecht in allen Fragen – pädagogischer und organisatorischer Art – ihres jeweiligen Teilbereichs des Zentrums haben.

Der Verwaltungsrat kann mehrere Pädagogische Räte zu einem Pädagogischen Rat zusammenlegen.

Die weiteren Modalitäten werden im ordentlichen Dekret beschrieben.

Artikel 20

Dem Verwaltungsrat wird die Möglichkeit gegeben, zu spezifischen Fragestellungen, die beispielsweise das gesamte Zentrum betreffen, ein Beratungsgremium einzuberufen, dessen Zusammensetzung und Beauftragung er abhängig von der Fragestellung festlegt. So kann ein solches Beratungsgremium beispielsweise Vertreter aller Pädagogischen Räte oder der Schüler- und Elternvertretungen umfassen oder aus Beschäftigten des Zentrums mit spezifischer Fachkompetenz bestehen. Der Verwaltungsrat kann sich bei seinen Entscheidungen auf Gutachten dieses Gremiums stützen und begründet seine Entscheidungen gemäß dem Gesetz vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte.

Artikel 21

Absatz 1: Die artikulierte Pluralität ist das weltanschauliche Fundament, auf dem der Auftrag des Zentrums aufbaut. Dieser Auftrag bedingt wiederum das Angebot des Zentrums. Die artikulierte Pluralität als kenntlich gemachte und gelebte Vielfalt der weltanschaulichen Überzeugungen betrifft zunächst den Einzelnen innerhalb des Zentrums. Damit wird hervorgehoben, dass sich jedes Personalmitglied als Person bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben mit seinem Fachwissen und seinen Überzeugungen einbringen darf und so am Auftrag des Zentrums teilnimmt. Die artikulierte Pluralität ist zudem für das Zentrum

als Ganzes von Bedeutung. Durch das Zusammenwirken der Überzeugungen aller Personalmitglieder entwickelt sich die angestrebte Vielfalt.

Absatz 2: Um das in den Absätzen 1 und 3 angeführte Ziel zu erreichen, haben die Personalmitglieder das Recht, ihre Überzeugungen in Zusammenhang mit ihrem Fachwissen kenntlich zu machen. Es ist ein Recht und keine Pflicht. Die Personalmitglieder haben dabei die Überzeugungen des anderen – damit sind hauptsächlich die Nutznießer, aber auch die anderen Personalmitglieder gemeint – zu achten. Nur die respektvolle Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Meinungen und Überzeugungen innerhalb des Zentrums ermöglicht die Verwirklichung des Auftrags. Die Vereinnahmung des anderen ist untersagt. Sie könnte zu einer Vereinheitlichung führen und somit der angestrebten Vielfalt entgegenwirken. Massive ideologische Beeinflussung und Manipulation sind verboten. Von vornherein auszuschließen sind nur die Meinungen und Überzeugungen, die im Widerspruch zu den in der UN-Menschenrechtserklärung, der UN-Kinderrechtskonvention, der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie der belgischen Verfassung vorgesehenen Grundrechten und Grundfreiheiten stehen.

Absatz 3: Auftrag und Angebot sind im Dienste der Nutznießer, d.h. der Schüler und Eltern aber auch der schulischen Einrichtungen und ihres Personals, bei der Vermittlung von Wissen und beim Aufbau professioneller Kompetenzen der größtmöglichen Wissenschaftlichkeit und Sachlichkeit verpflichtet.

Artikel 22

Der Verwaltungsrat erstellt ein Inventar der Immobilien und übermittelt dieses der Regierung.

Artikel 23

Das Inkrafttreten des vorliegenden Sonderdekrets wird auf den 1. September 2024 festgelegt mit Ausnahme des Artikels 4, dessen Inkrafttreten im ordentlichen Dekret festgelegt wird. So kann der Verwaltungsrat des neuen Zentrums bereits ab September 2024 eingesetzt werden und vorbereitende Tätigkeiten übernehmen, bevor dem Zentrum die in Artikel 4 vorgesehenen Aufgaben übertragen werden.

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
Lydia
Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2023.11.23 09:05:00
+01'00'

L. KLINKENBERG

VORENTWURF

Sonderdekretvorentwurf zur Schaffung eines Zentrums für inklusive Pädagogik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Anwendungsbereich

Vorliegendes Sonderdekret findet Anwendung auf das Zentrum für inklusive Pädagogik, nachstehend als Zentrum bezeichnet.

Bei dem zu gründenden Zentrum handelt es sich um eine Unterrichtseinrichtung gemäß Artikel 24 der Verfassung.

Art. 2 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Allgemeine Zielsetzung

Das Zentrum setzt sich im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben gemäß Artikel 4 dafür ein, dass der Fokus stets auf die optimale Entfaltung des Bildungspotentials der Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet ist. Es verpflichtet sich ferner zur Förderung des Rechts auf inklusive Bildung und angemessene Vorkehrungen gemäß Artikel 24 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006, und gemäß Artikel 22ter der Verfassung.

Art. 4 – Aufgaben

§1 - Die Aufgaben des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Zentrums für Förderpädagogik werden an das Zentrum übertragen. Das Zentrum übt die übertragenen Aufgaben gemäß den Modalitäten aus, die per Gesetz, Dekret oder Erlass festgelegt sind.

Die in Absatz 1 angeführten Aufgaben sind folgende:

1. Erteilung von Förderschulunterricht auf Fördergrundschul- und Fördersekundarschul-ebene;
2. Hilfestellung bei der beruflichen Integration der Schüler und Gewährleistung integrativer Praktika in den Betrieben;
3. Führen eines Internats;
4. Bereitstellung von Fachpersonal für förderpädagogische Maßnahmen in den Regelschulen;
5. Koordinierung der förderpädagogischen Maßnahmen in den Regelschulen;
6. Hilfestellung und Beratung bei der Erstellung von individuellen Förderplänen;
7. Beratung und Begleitung der Regelschulen und der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands in förderpädagogischen Fragen;
8. Hilfestellung bei der methodisch-didaktischen, pädagogischen und psychologischen Kompetenzerweiterung der Regel- und Förderschulen sowie der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands;
9. Betreuung von Schülern, die aufgrund von besonderen Schwierigkeiten während eines bestimmten Zeitraums den normalen Schulbetrieb verlassen und sozialpädagogisch

betreut werden müssen mit dem Ziel einer schnellstmöglichen Reintegration in den Schulalltag;

10. Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen der Personalmitglieder im Unterrichtswesen;

11. Beratung und Begleitung im Bereich der interkulturellen Pädagogik und Sprachförderung;

12. Erstellung und Anerkennung von Gutachten;

13. Mitarbeit bei der Entwicklung von Konzepten in förderpädagogischen Fragen und bei der Steuerung ihrer Umsetzung.

§2 - Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet das Zentrum mit allen im Bereich der Förderpädagogik tätigen Partnern sowie mit allen Einrichtungen zusammen, in deren Zuständigkeitsbereich die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit einer Behinderung fällt.

Das Zentrum schafft die notwendigen Strukturen zur Zusammenarbeit mit diesen Partnern und Einrichtungen. In dem in Artikel 13 vorgesehenen Tätigkeitsbericht wird über die vorstehend erwähnte Zusammenarbeit berichtet.

KAPITEL 2 – RECHTSNATUR, FORM UND FUNKTIONSWEISE DES ZENTRUMS

Abschnitt 1 – Gründung

Art. 5 – Gründung

Die Gründung des Zentrums erfolgt durch Schließung eines entsprechenden Abkommens zwischen den Schulträgern, die ein gemeinsames Zentrum für inklusive Pädagogik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisieren: einerseits die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, andererseits das freie konfessionelle subventionierte Unterrichtswesen, vertreten durch die Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die im vorhergehenden Absatz angeführten Schulträger werden nachstehend als Gründerpartner bezeichnet.

Art. 6 – Inhalt des Gründungsabkommens

Das in Artikel 5 angeführte Abkommen umfasst Bestimmungen über mindestens folgende Punkte:

1. Name und Sitz des Trägers,
2. Name und Standort des Zentrums,
3. Bezeichnung des ersten Direktors, wobei die Dauer der ersten Bezeichnung maximal vier Jahre beträgt,
4. Bezeichnung der ersten Förderschulleiter und des ersten Leiters des Beratungs- und Unterstützungsdienstes,
5. Aufstellung der Immobilien und der wichtigsten Mobilien, die übertragen oder zur Verfügung gestellt werden,
6. Modalitäten zur Auflösung des Abkommens.

Abschnitt 2 - Rechtsnatur

Art. 7 – Rechtsnatur

Das Zentrum ist eine autonome juristische Person des öffentlichen Rechts.

Das Zentrum ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und unterliegt den Bestimmungen dieses Dekrets in seiner Fassung vom 21. Februar 2022.

Abschnitt 3 – Verwaltungsstruktur des Zentrums

Unterabschnitt 1 – Struktur, Verwaltungs- und Mitwirkungsorgane

Art. 8 – Struktur des Zentrums

§1 – Das Zentrum wird von einem Direktor geleitet und besteht aus mehreren Förderschulen mit angegliedertem Internat und einem Beratungs- und Unterstützungsdienst.

§2 – Das Zentrum organisiert Förderunterricht auf Grund- und Sekundarschulebene:

Die vier Fördergrundschulen befinden sich an folgenden Standorten:

1. Eupen, Monschauer Straße,
2. Eupen, Heidberg,
3. Bütgenbach,
4. Sankt Vith.

Die Fördersekundarschule befindet sich in Eupen.

Alle Fördergrundschulen und die Fördersekundarschule unterstehen je einem Förderschulleiter.

Jede Förderschule befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einer Regelschule. An jedem so entstandenen Campus bildet die Förderschule mit mindestens einer Regelschule eine inklusive Schule auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten pädagogischen Konzepts.

§3 – Das Internat befindet sich in Eupen und untersteht einem Internatsverwalter.

§4 – Das Zentrum umfasst einen Beratungs- und Unterstützungsdienst, der einem Leiter untersteht.

§5 – Die Förderschulleiter, der Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes und der Internatsverwalter unterstehen dem Direktor.

Art. 9 – Verwaltungs- und Mitwirkungsorgane

Die Verwaltungsorgane des Zentrums sind der Verwaltungsrat und die Direktion.

Die Mitwirkungsorgane sind die Pädagogischen Räte der Förderschulen, des Internats und des Beratungs- und Unterstützungsdienstes sowie vom Verwaltungsrat eingesetzte Beratungsgremien.

Unterabschnitt 2 – Verwaltungsrat

Art. 10 – Zusammensetzung und Mandatsdauer

§1 – Der Verwaltungsrat setzt sich aus den folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

1. zwei Vertreter des Schulträgers des Gemeinschaftsunterrichtswesens,

2. zwei Vertreter des Schulträgers des freien subventionierten Unterrichtswesens,
3. ein Vertreter des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens,
4. ein Vertreter der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands,
5. ein Vertreter der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
6. ein Vertreter der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
7. ein Vertreter aus dem Bereich Weiterbildung und Forschung zur inklusiven Bildung,
8. ein Vertreter, der die Interessen der Erziehungsberechtigten vertritt,
9. ein Vertreter aus dem Bereich der Gesundheitsinformation und -prävention.

An den Sitzungen des Verwaltungsrats nehmen mit beratender Stimme teil:

1. die in Artikel 88 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Regierungskommissare,
2. der Direktor des Zentrums, der Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes sowie ein von der Direktion entsandter Förderschulleiter, es sei denn, der Verwaltungsrat trifft für eine bestimmte Sitzung eine anderslautende Entscheidung,
3. zwei Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
4. zwei Vertreter der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Mandate der in Absatz 1 angeführten Mitglieder dauern fünf Jahre und sind erneuerbar.

Die in Absatz 1 und 2 angeführten Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen kein politisches Mandat bekleiden. Zudem dürfen sie weder Personalmitglied des Zentrums, mit Ausnahme der in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Mitglieder, noch Personalmitglied einer der in Artikel 87 §2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Einrichtung öffentlichen Interesses sein.

§2 – Für jedes der in §1 Absatz 1 angeführten Mitglieder wird ein Ersatzmitglied vorgesehen mit Ausnahme der Nummern 5 und 6 für die jeweils 2 Ersatzmitglieder vorgesehen werden. Jedes Ersatzmitglied wird nach den gleichen Kriterien ausgewählt wie das effektive Mitglied, das es ersetzt. Verliert ein Mitglied des Verwaltungsrats die Eigenschaft, aufgrund derer es Mitglied des Verwaltungsrats ist, endet sein Mandat und das Ersatzmitglied führt es zu Ende. Scheidet das Ersatzmitglied aus, erfolgt eine neue Bestellung für den verbleibenden Zeitraum. Die Mitglieder haben ferner die Möglichkeit, sich bei den Sitzungen von ihren Ersatzmitgliedern vertreten zu lassen.

§3 – Die Regierung bestellt die in §1 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 angeführten Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Verwaltungsrats auf Vorschlag der in denselben Nummern angeführten Instanzen und die in §1 Absatz 1 Nummern 7 bis 9 angeführten Mitglieder und Ersatzmitglieder auf Vorschlag des Beirats für Menschen mit einer Beeinträchtigung. Auf Vorschlag der vorerwähnten Instanzen kann die Regierung den Mitgliedern oder Ersatzmitgliedern zu jedem Zeitpunkt das Mandat entziehen und für den verbleibenden Zeitraum neue Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder bestellen.

§4 – Der Verwaltungsrat wird von einem Vorsitzenden geleitet, der aus der Mitte des Verwaltungsrats bestellt wird. Ferner wird ein stellvertretender Vorsitzender vorgesehen, der ebenfalls aus der Mitte des Verwaltungsrats bestellt wird.

Beim Bestellungsverfahren gilt die Bestimmung des Artikels 14 Absatz 1. Die betreffende Sitzung wird vom ältesten der in §1 Absatz 1 angeführten Mitglieder geleitet. Die in Artikel 12 angeführte Geschäftsordnung legt die weiteren Modalitäten des Verfahrens fest.

§5 – Der Verwaltungsrat kann Personalvertreter sowie interne und externe Experten konsultieren und sie beratend an den Sitzungen teilnehmen lassen. Die näheren Modalitäten legt der Verwaltungsrat in der in Artikel 12 angeführten Geschäftsordnung fest.

Art. 11 - Aufgaben

Der Verwaltungsrat verfügt über alle Befugnisse, die zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung sowie zur Organisation und Verwaltung des Zentrums erforderlich sind, unter anderem:

1. die Bezeichnung des Direktors, mit Ausnahme des ersten Direktors,
2. die definitive Ernennung der Personalmitglieder,
3. die Bezeichnung der zeitweiligen Personalmitglieder,
4. die Verwendung der Finanzmittel (Haushaltsplan),
5. die Vergabe von Arbeits-, Lieferungs- und Dienstleistungsaufträgen,
6. die Aufstellung eines Inventars aller Immobilien des Zentrums,
7. die Festlegung von baulichen Maßnahmen und Unterhaltsarbeiten,
8. die Festlegung der Aufträge an das Personal,
9. die Festlegung des Bildungsprojekts unter Berücksichtigung der in Artikel 3 festgelegten allgemeinen Zielsetzung des Zentrums.

Der Verwaltungsrat kann dem Direktor Entscheidungsbefugnisse übertragen.

Art. 12 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsrat erstellt eine Geschäftsordnung und legt sie der Regierung zur Genehmigung vor.

Art. 13 - Tätigkeitsbericht

Der Verwaltungsrat erstellt einen jährlichen Tätigkeitsbericht, der der Regierung und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis zum 30. Juni übermittelt wird.

Art. 14 – Anwesenheitsquorum

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs Mitglieder anwesend sind.

Wenn das für das Treffen eines Beschlusses erforderliche Anwesenheitsquorum nicht erreicht wird, hält der Verwaltungsrat frühestens am siebten Tag und spätestens am vierzehnten Tag nach diesem Treffen eine neue Versammlung ab. Während dieser Versammlung kann unabhängig von der Anzahl anwesender Mitglieder ein Beschluss gefasst werden.

Art. 15 – Abstimmungsquorum

Ein Beschluss wird mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden oder, bei dessen Abwesenheit, des stellvertretenden Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 16 – Gutachten und Konsultation

Der Verwaltungsrat kann Gutachten der Pädagogischen Räte oder des in Artikel 20 angeführten Beratungsgremiums einholen.

Bei den in der Geschäftsordnung festgelegten Entscheidungen, die das Personal betreffen, wird dieses konsultiert. Dies geschieht unbeschadet der Zuständigkeiten der Verhandlungs- und Konzertierungsausschüsse, die durch das Gesetz vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen und durch die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen geregelt sind.

Unterabschnitt 3 - Direktion

Art. 17 - Zusammensetzung

Die Direktion setzt sich zusammen aus dem Direktor, den Förderschulleitern und dem Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes unbeschadet des Artikels 8 §5.

Art. 18 – Aufgaben und Arbeitsweise

§1 – Der Direktion obliegt die tägliche Verwaltung und Organisation des Zentrums im administrativen, technischen, finanziellen und inhaltlichen Bereich.

Sie erfüllt außerdem folgende Aufgaben:

1. sie setzt die Beschlüsse des Verwaltungsrates um,
2. sie legt dem Verwaltungsrat den Haushaltsplan zur Annahme vor,
3. sie bereitet den Plan der offenen und zeitweiligen Stellen vor,
5. sie verfasst für den Verwaltungsrat den jährlichen Bericht über die Aktivitäten des Zentrums, der als Grundlage für den in Artikel 13 angeführten Tätigkeitsbericht dient,
6. sie macht Vorschläge zu baulichen Maßnahmen und Unterhaltsarbeiten,
7. sie wacht über die Anwendung der Arbeitsordnung.

Unbeschadet dekretaler Bestimmungen, die Aufgaben unmittelbar an den Direktor, die Förderschulleiter oder den Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes übertragen, legt der Verwaltungsrat die genaue Aufgabenbeschreibung des Direktors, der Förderschulleiter und des Leiters des Beratungs- und Unterstützungsdienstes fest.

§2 – Die Direktion bereitet die Verwaltungsratssitzungen in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat vor.

Unterabschnitt 4 – Mitwirkungsorgane

Art. 19 – Pädagogische Räte

Der Verwaltungsrat setzt für jeden Standort der Förderschule, für das Internat und für den Beratungs- und Unterstützungsdienst jeweils einen Pädagogischen Rat ein.

In Abweichung von Absatz 1 steht es dem Verwaltungsrat frei, mehrere Pädagogische Räte zu einem Pädagogischen Rat zusammenzulegen.

Der Pädagogische Rat hat ein Informations- und Beratungsrecht in allen pädagogischen Fragen und in allen Angelegenheiten, die die Organisation der Förderschule, des Internats oder des Beratungs- und Unterstützungsdienstes betreffen.

Art. 20 - Beratungsgremium

Der Verwaltungsrat kann ein Beratungsgremium einberufen, um zu spezifischen Fragestellungen Gutachten in Auftrag zu geben.

Der Verwaltungsrat entscheidet über die Zusammensetzung und Beauftragung des Beratungsgremiums.

Abschnitt 4 – Philosophische Grundlage

Art. 21 – Philosophische Grundlage

Die artikulierte Pluralität bildet die philosophische Grundlage für den Auftrag und das Angebot des Zentrums. Sie betrifft sowohl den Einzelnen als auch die Einrichtung als solche.

Artikulierte Pluralität bedeutet, dass jedes Personalmitglied das Recht hat zu artikulieren, was es als Person innerhalb des Auftrags des Zentrums und innerhalb seiner Funktion verantworten kann. Dabei sind die Überzeugungen des anderen zu respektieren und die Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes und vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 sowie die Verfassung zu achten.

Der Auftrag und das Angebot des Zentrums verwirklichen sich im Geist größtmöglicher Wissenschaftlichkeit und ausgewogener Sachlichkeit.

KAPITEL 3 – IMMOBILIEN

Art. 22 – Inventar der Immobilien

Der Verwaltungsrat stellt ein Inventar aller Immobilien des Zentrums mit Vermerk über deren Herkunft und Bestimmung auf. Er übermittelt dieses Inventar der Regierung.

Die Regierung legt die Modalitäten bezüglich der Aufstellung dieses Inventars fest.

Das Inventar wird vom Verwaltungsrat laufend aktualisiert. Jede Änderung oder Anpassung wird jährlich zusammen mit dem Haushaltsvorschlag dem Regierungskommissar mitgeteilt, der diese Unterlagen an die Regierung weiterleitet.

KAPITEL 4 – INKRAFTTRETEN

Art. 23 – Inkrafttreten

Das vorliegende Sonderdekret tritt am 1. September 2024 in Kraft mit Ausnahme von Artikel 4, der zu einem Zeitpunkt in Kraft tritt, der per Dekret festgelegt wird.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

Lydia
Klinkenberg



Digital unterschrieben von Lydia
Klinkenberg
Datum: 2023.11.23 09:04:25
+01'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Sur la proposition du ministre compétent en matière d'enseignement ;

Après délibération,

Arrête :

Le ministre compétent en matière d'enseignement est chargé de soumettre au parlement de la Communauté germanophone le projet de décret spécial dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DÉCRET SPÉCIAL PORTANT CRÉATION D'UN CENTRE DE PÉDAGOGIE INCLUSIVE

TABLE DES MATIÈRES

Le présent projet de décret spécial crée un centre autonome de pédagogie inclusive en Communauté germanophone.

Le Centre se concentre sur le développement optimal du potentiel éducatif de tous les apprenants et sur la promotion de l'éducation inclusive en Communauté germanophone.

Le Centre comprend quatre écoles fondamentales spécialisées et une école secondaire spécialisée, un internat rattaché aux écoles spécialisées ainsi qu'un service d'orientation et de soutien.

Les écoles spécialisées poursuivent l'objectif de former des écoles inclusives avec au moins une école ordinaire, sur la base d'un concept pédagogique commun.

Le service d'orientation et de soutien conseille, accompagne et soutient les écoles spécialisées et ordinaires ainsi que les centres de formation et de formation continue de la classe moyenne dans l'élaboration, l'implémentation et l'évaluation de mesures d'éducation inclusive.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles	6
Avant-projet	12

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

1. Cadre politique et de fond

Le soutien de tous les apprenants en fonction de leurs besoins, selon la devise « chaque élève est un élève à besoins spécifiques », est une caractéristique importante de la politique éducative des Cantons de l'Est. Le décret intégration de 2009 a préparé le terrain et cette orientation fondamentale est toujours valable.

La fondation d'un centre pluraliste et indépendant pour la pédagogie inclusive doit à présent permettre de franchir une nouvelle étape en regroupant structurellement sous un même pouvoir organisateur les institutions existantes de l'enseignement spécialisé, l'école spécialisée Pater-Damian et le centre pour la pédagogie de soutien. Cela permet de surmonter la séparation des réseaux dans l'enseignement spécialisé et de réduire la complexité du système.

La fondation de l'établissement doit être comprise comme une prochaine étape de la réforme de la pédagogie spécialisée dans les Cantons de l'Est, dont l'objectif à long terme est d'apporter, par étapes, les ressources aux écoles ordinaires afin de les équiper de manière à ce qu'elles puissent devenir des écoles aussi inclusives que possible. Le nouveau Centre et ses écoles spécialisées doivent donc être considérés comme une étape intermédiaire.

La fusion des deux écoles spécialisées permet d'exploiter les ressources et le savoir-faire du nouveau Centre de manière plus ciblée et plus efficace pour remplir ses missions, telles qu'elles ont été convenues entre les partenaires fondateurs dans la déclaration d'intention du 21 décembre 2021 :

1. Octroi de l'enseignement spécialisé au niveau de l'enseignement fondamental spécialisé et de l'enseignement secondaire spécialisé ;
2. Gestion d'un internat de pédagogie spécialisée à orientation inclusive ;
3. Aide à l'intégration et à l'inclusion professionnelles des élèves et garantie de stages d'intégration dans les entreprises ;
4. Coopération avec les écoles ordinaires dans le cadre de la mise à disposition de personnel pédagogique et thérapeutique spécialisé et de soutien ;
5. Mise à disposition de personnel pédagogique et thérapeutique spécialisé et de soutien pour conseiller et aider à l'inclusion des élèves à besoins spécifiques ;
6. Conseil et accompagnement des écoles ordinaires et des centres de formation et de formation continue de la classe moyenne pour les questions de pédagogie de soutien et les questions relatives à l'éducation inclusive ;
7. Organisation et mise en œuvre des mesures visant à élargir les compétences en matière de pédagogie de soutien des membres du personnel éducatif et à promouvoir l'éducation inclusive ;
8. Collaboration à l'élaboration de concepts relatifs aux questions de pédagogie de soutien et à la promotion de l'éducation inclusive, à son pilotage et à sa mise en œuvre.

Pour mener à bien ces missions, le Centre coopère avec tous les partenaires actifs dans le domaine de la pédagogie de soutien et de l'inclusion, et notamment avec le Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes et l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Dans sa structure et son fonctionnement, le Centre poursuit les objectifs suivants, sur lesquels ses partenaires fondateurs se sont entendus :

- accent sur le développement optimal du potentiel éducatif de tous les élèves ;
- promotion du droit à une éducation inclusive et à des aménagements raisonnables, conformément à l'article 24 de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées et à l'article 22ter de la Constitution ;
- promotion de l'échange d'expériences et de connaissances au sein de l'établissement dans son ensemble et avec des partenaires extérieurs ;
- promotion du travail d'équipe au sein de l'établissement et dans le cadre de la coopération avec les écoles ordinaires ;
- abandon du « principe du cartable » (les ressources sont allouées individuellement à un élève en intégration, c'est-à-dire à un élève dont les besoins éducatifs particuliers ont été identifiés et qui est scolarisé dans une école ordinaire ; en raison de l'augmentation du nombre de cas, les ressources individuelles sont de plus en plus limitées et il est de plus en plus difficile d'apporter une aide ciblée) par la mise à disposition de personnel spécialisé et de soutien sur la base d'un accord entre le Centre et l'école concernée, en faveur d'une nouvelle clé de répartition plafonnée, basée sur les besoins des élèves et des pouvoirs organisateurs/écoles dans leur ensemble et individuellement.

L'article 24 de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées reconnaît le droit des personnes handicapées à l'éducation. Les personnes handicapées bénéficient d'un accès égal au système éducatif général, à l'enseignement supérieur, aux hautes écoles, à la formation professionnelle et à la formation pour adultes, ainsi qu'à l'apprentissage tout au long de la vie. Des dispositions appropriées et des mesures de soutien nécessaires doivent être prises pour garantir le succès de l'enseignement. En outre, l'article présuppose que des aptitudes à la vie pratique et des compétences sociales soient enseignées et que différentes possibilités de communication soient encouragées, par exemple par la formation des professionnels et du personnel.

La Constitution entérine cet objectif à l'article 22ter pour la société dans son ensemble : « Chaque personne en situation de handicap a le droit à une pleine inclusion dans la société, y compris le droit à des aménagements raisonnables. »

La fondation du nouveau Centre permet ainsi de créer de meilleures conditions pour atteindre la « Vision de l'éducation 2040 ». La vision de l'éducation définit le futur cadre stratégique global pour les mesures de réforme ainsi que les projets éducatifs dans les Cantons de l'Est dans le but de créer un système éducatif durable et équitable dans les Cantons de l'Est.

2. Cadre juridique

Le présent projet de décret est un décret spécial conformément à l'article 24, § 2, de la Constitution, étant donné que la Communauté germanophone, en tant que pouvoir organisateur du Centre pour la pédagogie de soutien, cède des compétences à un nouvel organe autonome.

Le nouveau Centre est un établissement d'enseignement au sens de l'article 24 de la Constitution, car il poursuit une mission éducative : Il organise l'enseignement spécialisé au niveau primaire et secondaire, inclut un internat et le service d'orientation et de soutien conseil, accompagne et soutient les écoles ordinaires et spécialisées ainsi que les centres de formation et de formation continue de la classe moyenne dans l'élaboration, l'implémentation et l'évaluation de mesures d'éducation inclusive. Les autres missions du Centre susmentionnées, sur lesquelles les partenaires fondateurs se sont déjà entendus dans la déclaration d'intention du 21 décembre 2021, lui seront confiées par un décret qui sera adopté à la majorité simple des voix.

Le nouveau Centre est une personne morale autonome de droit public dans le domaine de l'enseignement. En tant que tel, il est soumis à l'obligation constitutionnelle d'offrir dans ses écoles le choix entre l'enseignement d'une des religions reconnues et celui de la morale non confessionnelle,

conformément aux dispositions de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement.

Il s'agit d'un organisme d'intérêt public au sens du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, qui est soumis aux dispositions dudit décret. Il est également soumis à la loi du 29 juillet 1991 relative à la motivation formelle des actes administratifs.

Le Centre est géré par un pouvoir organisateur au sein duquel siègent des commissaires gouvernementaux. Ces derniers exercent un contrôle sur le nouveau Centre en matière financière et budgétaire et veillent à ce que ne soit prise aucune décision en contradiction avec une disposition légale ou décrétole ou qui risque de mettre en péril l'équilibre financier du Centre.

3. Fondement philosophique

La pluralité dite articulée, qui s'applique déjà à la haute école autonome de la Communauté germanophone et à Kaleido - le Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes en Communauté germanophone - constitue la base philosophique du Centre. Elle permet aux actuels membres du pouvoir organisateur et du personnel qui travaillent sur des bases idéologiques différentes de se retrouver dans le nouveau Centre, de sorte qu'un travail harmonieux soit possible.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article définit le champ d'application du présent décret spécial. Le nouveau Centre est un établissement autonome d'enseignement au sens de l'article 24 de la Constitution, auquel sont transférées des compétences de la Communauté germanophone en vertu du même article de la Constitution.

Article 2

Les désignations de personnes dans le texte ont une portée générale.

Article 3

Cet article définit l'objectif général du nouveau Centre. Le nouveau Centre se concentre sur la promotion de l'épanouissement optimal de tous les apprenants et, par conséquent, sur la promotion de l'éducation inclusive et en faveur de l'égalité des chances dans la Communauté germanophone. Cet objectif est conforme à la vision pour l'enseignement en Communauté germanophone et au Programme mondial de développement durable de l'UNESCO, en particulier l'Objectif de développement durable n° 4, placé sous le signe d'une « éducation de qualité dans des conditions d'équité ».

Le Centre répond à cet objectif à deux égards : D'une part, ses écoles spécialisées visent la création d'écoles inclusives en coopération avec des écoles ordinaires ; d'autre part, le Centre se met au service des écoles ordinaires et spécialisées ainsi que des centres de formation et de formation continue dans les classes moyennes afin de les conseiller et de les soutenir en vue de l'élaboration, de l'implémentation et de l'évaluation de mesures pédagogiques inclusives dans l'intérêt des apprenants.

Article 4

Le Centre se voit confier des missions en vertu desquelles il est chargé de garantir les services de base en matière de pédagogie de soutien en Communauté germanophone. Il s'agit des missions du Centre pour la pédagogie d'intégration qui, jusqu'à cette date, sont ancrées dans les fondements juridiques suivants :

- Décret du 11 mai 2009 relatif au Centre pour la pédagogie de soutien et la pédagogie spécialisée, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées, notamment son article 6 ;
- Décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, notamment les articles 93.35, 93.37, 93.39, 93.42, 93.49, 93.72, 93.74.

Pour mener à bien ses missions, le nouveau Centre travaille, comme le faisait déjà le Centre pour la pédagogie de soutien, en étroite collaboration avec tous les partenaires qui se mettent au service du même objectif, à savoir la promotion de l'inclusion et donc la mise en œuvre de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées. Il s'agit notamment de Kaleido - le Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes - ou de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée. Le Centre est chargé d'organiser de manière structurée la coopération avec ces mêmes partenaires et d'en rendre compte.

Les autres missions du Centre, telles que définies par les partenaires fondateurs dans la déclaration d'intention, seront définies et décrites dans un autre décret, dit décret ordinaire, qui sera adopté à la majorité simple des voix.

Article 5

La fondation du Centre passe par la conclusion d'une convention correspondante entre les partenaires fondateurs : le Gouvernement de la Communauté germanophone et la VoG Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Article 6

Cet article définit le contenu de la convention fondatrice. Outre des informations sur le Centre et son pouvoir organisateur, les titulaires des postes de direction y sont consignés. C'est ainsi que sont désignés le premier directeur, d'abord pour un mandat transitoire de quatre ans maximum, ainsi que les directeurs des écoles spécialisées et du service d'orientation et de soutien.

Article 7

Cet article détermine la nature juridique du Centre. Il s'agit d'une personne morale de droit public à laquelle s'applique directement la législation sur les marchés publics, sur l'obligation de justifier d'actes officiels et sur le statut syndical.

Article 8

Cet article définit la structure du Centre. Il est dirigé par un directeur. Le Centre comprend plusieurs écoles spécialisées, un internat rattaché aux écoles spécialisées ainsi qu'un service d'orientation et de soutien, chacun sous la responsabilité d'un chef d'établissement. Le directeur a autorité sur les chefs d'établissement des écoles spécialisées, sur le chef du service d'orientation et de soutien, ainsi que sur l'administrateur de l'internat.

Les autres structures sont décrites plus en détail dans le décret ordinaire. Il s'agit notamment des coordinateurs placés sous la responsabilité du chef du service d'orientation et de soutien.

Les tâches des différentes fonctions dirigeantes sont également décrites dans le décret ordinaire. Les principes de subsidiarité et de solidarité sont respectés dans la description et le fonctionnement du Centre.

Les écoles spécialisées sont tenues de former un campus commun avec une école ordinaire se trouvant à proximité immédiate et de créer une école inclusive sur la base d'un concept pédagogique commun.

Article 9

Cet article détermine les organes administratifs et participatifs du Centre. Il s'agit du conseil d'administration, de la direction, des conseils pédagogiques et des organes consultatifs mis en place par le conseil d'administration.

Article 10

Cet article définit la composition du conseil d'administration. Ses membres représentent, outre les partenaires fondateurs, les groupes d'acteurs de l'enseignement qui, avec le soutien du Centre, participent de manière déterminante à la mise en place et à la promotion d'un système éducatif inclusif. Les organisations d'employeurs et de travailleurs y sont en outre représentées. Sur proposition du Conseil consultatif des personnes handicapées, le conseil d'administration comprend également des représentants professionnels des domaines de la santé et de l'éducation inclusive, ainsi qu'un représentant des intérêts des tuteurs légaux.

Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif. Les organisations d'employeurs et de travailleurs désignent chacune deux suppléants afin de garantir la représentation paritaire de toutes les organisations représentatives de travailleurs et interprofessionnelles d'employeurs.

Les commissaires du Gouvernement ainsi que deux représentants des organisations de travailleurs et deux représentants des organisations d'employeurs participent aux réunions du conseil d'administration avec voix consultative. Il peut s'agir, dans un souci de continuité, des membres suppléants désignés.

Compte tenu de sa taille et du mode de fonctionnement envisagé, la direction participe aux réunions du conseil d'administration avec trois représentants à titre consultatif. En font partie le directeur, le chef du service d'orientation et de soutien ainsi qu'un directeur d'école spécialisée désigné par la direction.

La durée du mandat des membres est de cinq ans. Le mandat est renouvelable. Un membre peut être révoqué à tout moment. Les membres sont désignés par le Gouvernement sur proposition des organisations qu'ils représentent ou sur proposition du conseil consultatif susmentionné. Les membres ne peuvent pas exercer de mandat politique. Ils ne peuvent pas être des membres du personnel du Centre, à l'exception des représentants consultatifs de la direction, ou d'un organisme d'intérêt public tel que défini par le règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Le président est élu parmi les membres du conseil d'administration.

Le conseil d'administration peut inviter à ses réunions des experts internes et externes au Centre ainsi que des représentants du personnel.

Article 11

Le conseil d'administration est le principal organe administratif du Centre. L'article définit ses tâches. Outre les tâches qui lui sont attribuées par décret, le conseil d'administration est également compétent pour tous les points sur lesquels d'autres organes administratifs ne sont pas compétents.

en vertu des dispositions décrétales. Le conseil d'administration peut déléguer des pouvoirs de décision au directeur.

Article 12

Le conseil d'administration adopte son règlement d'ordre intérieur. Il précise, entre autres, les modalités de désignation du président, de consultation des experts et des représentants du personnel, de décisions concernant le personnel ou de préparation des réunions du conseil d'administration.

Article 13

Le conseil d'administration dresse un rapport d'activité annuel qui doit être remis au Gouvernement et au Parlement avant le 30 juin suivant.

Articles 14 et 15

Ces articles fixent le quorum de présence et de vote au sein du conseil d'administration.

Afin de garantir la capacité de décision du conseil d'administration, il est prévu qu'en cas de quorum de présence non atteint, une nouvelle réunion du conseil d'administration soit organisée au plus tôt après 7 jours et au plus tard après 14 jours, dans le cadre de laquelle les décisions peuvent être prises, quel que soit le nombre de membres présents.

Article 16

Le conseil d'administration peut fonder ses décisions sur les avis des conseils pédagogiques ou des organes consultatifs qu'il a constitués. Il motive également ses décisions conformément à la loi du 29 juillet 1991 relative à la motivation formelle des actes administratifs.

Le conseil d'administration détermine dans son règlement intérieur quelles sont les décisions concernant le personnel qui ne nécessitent pas de concertation et qui doivent être discutées en amont avec les membres du personnel. Cela ne limite aucunement les compétences et le travail du comité de concertation de base.

Article 17

Cet article fixe la composition de la direction. Le directeur a le pouvoir de donner des instructions aux autres membres de la direction.

Article 18

Les tâches de la direction sont définies. Outre l'organisation et l'administration quotidiennes du Centre, cela comprend la préparation des réunions du conseil d'administration en collaboration avec ses représentants.

Le décret ordinaire détermine les tâches qui relèvent de la compétence de chaque membre de la direction et celles de nature plus générale, c'est-à-dire qui concernent le Centre dans son ensemble, qui incombent à la direction ou au directeur. La structure et le fonctionnement du Centre s'appuient sur les principes de solidarité et de subsidiarité.

Article 19

Le conseil d'administration du Centre met en place des conseils pédagogiques pour tous les établissements spécialisés, pour l'internat et pour le service d'orientation et de soutien, qui ont un droit d'information et de consultation sur toutes les questions - pédagogiques et organisationnelles - de leur secteur respectif du Centre.

Le conseil d'administration peut fusionner plusieurs conseils pédagogiques en un seul.

Les autres modalités sont décrites plus en détail dans le décret ordinaire.

Article 20

Le conseil d'administration a la possibilité de convoquer un organe consultatif sur des questions spécifiques concernant par exemple l'ensemble du Centre et dont il détermine la composition et le mandat en fonction de la question posée. Ainsi, un tel organe consultatif peut inclure des représentants de tous les conseils pédagogiques ou des associations d'élèves et de parents, ou être composé de membres du personnel du Centre ayant des compétences spécifiques. Le conseil d'administration peut fonder ses décisions sur des avis de l'organe consultatif et motive ses décisions conformément à la loi du 29 juillet 1991 relative à la motivation formelle des actes administratifs.

Article 21

Alinéa 1er : la pluralité articulée est le fondement philosophique sur lequel repose la mission du Centre. Cette mission conditionne à son tour l'offre du Centre. La pluralité articulée, en tant que diversité affichée et vécue des convictions idéologiques, concerne tout d'abord l'individu au sein du Centre. Cela souligne le fait que chaque membre du personnel, en tant que personne, peut apporter son expertise et ses convictions dans l'exercice de ses fonctions et participer ainsi à la mission du Centre. La pluralité articulée est en outre importante pour le Centre dans son ensemble. C'est par l'interaction des convictions de tous les membres du personnel que se développe la diversité recherchée.

Alinéa 2 : pour atteindre l'objectif visé aux alinéas 1er et 3, les membres du personnel ont le droit de faire connaître leurs convictions en rapport avec leur expertise. Il s'agit d'un droit, pas d'une obligation. Les membres du personnel doivent alors respecter les convictions de l'autre - on entend par là principalement les bénéficiaires, mais aussi les autres membres du personnel. Seule une confrontation respectueuse des différentes opinions et convictions au sein du Centre permet la réalisation de la mission. Toute emprise sur l'autre est interdite. Elle pourrait conduire à une uniformisation et donc aller à l'encontre de la diversité recherchée. Toute influence et manipulation idéologiques massives sont interdites. Sont à exclure d'emblée : seules les opinions et convictions contraires aux libertés et droits fondamentaux prévus par la Déclaration des droits de l'homme des Nations Unies, la Convention relative aux droits de l'enfant des Nations Unies, la Convention relative aux droits des personnes handicapées des Nations Unies, la Convention européenne des droits de l'homme et la Constitution belge.

Alinéa 3 : La mission et l'offre sont soumises à la plus grande scientificité et objectivité possible au service des bénéficiaires, à savoir les élèves et les parents, mais aussi les établissements scolaires et leur personnel, dans la transmission des connaissances et le développement des compétences professionnelles.

Article 22

Le conseil d'administration dresse un inventaire des biens immobiliers et le transmet au Gouvernement.

Article 23

L'entrée en vigueur du présent décret spécial est fixée au 1er septembre 2024, à l'exception de l'article 4 dont l'entrée en vigueur est fixée par le décret ordinaire. Ainsi, le conseil d'administration du nouveau Centre peut être mis en place dès septembre 2024 et entreprendre des activités préparatoires avant que les tâches prévues à l'article 4 soient confiées au Centre.

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret spécial portant création d'un centre de pédagogie inclusive en Communauté germanophone

CHAPITRE 1ER - DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1er - Champ d'application

Le présent décret spécial s'applique au centre de pédagogie inclusive, ci-après dénommé « le Centre ».

Le Centre à créer est un établissement d'enseignement au sens de l'article 24 de la Constitution.

Art. 2 - Désignations de personnes

Dans le présent décret, les désignations des personnes s'appliquent à tous les genres.

Art. 3 - Objectif général

Dans le cadre de l'accomplissement de ses missions telles que définies à l'article 4, le Centre s'engage à toujours se concentrer sur le développement optimal du potentiel éducatif des élèves de la Communauté germanophone. Il s'engage également à promouvoir le droit à une éducation inclusive et à des aménagements raisonnables, conformément à l'article 24 de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées et à son protocole facultatif, adoptés à New York le 13 décembre 2006, et à l'article 22^{ter} de la Constitution.

Art. 4 - Missions

§ 1er - Les missions du Centre pour la pédagogie de soutien organisé par la Communauté germanophone sont transférées au Centre. Le Centre exerce les missions qui lui sont confiées selon les modalités fixées par la loi, le décret ou l'arrêté.

Les missions visées à l'alinéa 1er sont les suivantes :

- 1° octroi de l'enseignement spécialisé au niveau de l'enseignement fondamental spécialisé et de l'enseignement secondaire spécialisé ;
- 2° aide à l'intégration et à l'inclusion professionnelles des élèves et garantie de stages d'intégration dans les entreprises ;
- 3° gestion d'un internat ;
- 4° mise à disposition de personnel spécialisé pour des mesures de pédagogie de soutien dans les écoles ordinaires ;
- 5° coordination des mesures de pédagogie de soutien dans les écoles ordinaires ;
- 6° aide et conseils pour l'élaboration de plans de soutien individuels ;
- 7° conseil et accompagnement des écoles ordinaires et des centres de formation et de formation continue de la classe moyenne pour les questions de pédagogie de soutien ;
- 8° aide à l'élargissement des compétences méthodologiques, didactiques, pédagogiques et psychologiques des écoles ordinaires et spécialisées ainsi que des centres de formation et de formation continue des classes moyennes ;
- 9° accompagnement d'élèves qui, en raison de difficultés particulières, quittent le circuit scolaire classique pendant une période déterminée et doivent bénéficier d'un encadrement sociopédagogique afin d'être réintégrés le plus rapidement possible dans la vie scolaire ;

10° organisation et mise en œuvre de mesures visant à élargir les compétences en matière de pédagogie de soutien des membres du personnel éducatif et à promouvoir l'éducation inclusive ;

11° conseil et accompagnement dans le domaine de la pédagogie interculturelle et de la promotion linguistique ;

12° élaboration et reconnaissance d'expertises ;

13° collaboration à l'élaboration de concepts relatifs aux questions de pédagogie de soutien et au pilotage de leur mise en œuvre.

§ 2 - Pour mener à bien ces missions, le Centre coopère avec tous les partenaires actifs dans le domaine de la pédagogie de soutien ainsi qu'avec toutes les institutions dont les compétences s'étendent à la mise en œuvre de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées.

Le Centre met en place les structures nécessaires à la coopération avec ces partenaires et institutions. Le rapport d'activité prévu à l'article 13 rend compte de la coopération susmentionnée.

CHAPITRE 2 - NATURE JURIDIQUE, FORME ET FONCTIONNEMENT DU CENTRE

Section 1re - Fondation

Art. 5 - Fondation

Le Centre est fondé par la conclusion d'une convention correspondante entre les pouvoirs organisateurs qui organisent un centre commun de pédagogie inclusive en Communauté germanophone : d'une part le Gouvernement de la Communauté germanophone et, d'autre part l'enseignement libre confessionnel subventionné, représenté par l'association sans but lucratif Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Les pouvoirs organisateurs mentionnés au paragraphe précédent sont ci-après dénommés les « partenaires fondateurs ».

Art. 6 - Contenu de la convention fondatrice

La convention visée à l'article 5 comprend des dispositions portant au moins sur les points suivants :

1° nom et siège du pouvoir organisateur,

2° nom et adresse du Centre,

3° désignation du premier directeur, la durée de la première désignation étant de quatre ans au maximum,

4° désignation des premiers directeurs des écoles spécialisées et du premier directeur du service d'orientation et de soutien,

5° liste des biens immobiliers et des principaux biens mobiliers transférés ou mis à disposition,

6° modalités de résiliation de la convention.

Section 2 - Nature juridique

Art. 7 - Nature juridique

Le Centre est une personne morale autonome de droit public.

Le Centre est un organisme d'intérêt public au sens de l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, qui est soumis aux dispositions dudit décret, tel que modifié le 21 février 2022.

Section 3 - Structure administrative du Centre

Sous-section 1re - Structure, organes administratifs et participatifs

Art. 8 - Structure du Centre

§ 1er - Le Centre est dirigé par un directeur et se compose de plusieurs écoles spécialisées auxquelles est attaché un internat, ainsi que d'un service d'orientation et de soutien.

§ 2 - Le Centre organise un enseignement spécialisé au niveau de l'enseignement primaire et secondaire :

Les quatre écoles fondamentales spécialisées sont situées aux endroits suivants :

- 1° Eupen, Monschauer Strasse,
- 2° Eupen, Heidberg,
- 3° Butgenbach,
- 4° Saint Vith.

L'école secondaire spécialisée se trouve à Eupen.

Toutes les écoles fondamentales et secondaires spécialisées sont placées sous la responsabilité d'un directeur d'école spécialisée.

Chaque école spécialisée est située à proximité immédiate d'une école ordinaire. Dans chaque campus ainsi créé, l'école spécialisée forme avec au moins une école ordinaire une école inclusive sur la base d'un concept pédagogique élaboré en commun.

§ 3 - L'internat se trouve à Eupen et est placé sous la responsabilité d'un administrateur d'internat.

§ 4 - Le Centre comprend un service d'orientation et d'assistance placé sous la responsabilité d'un directeur.

§ 5 - Les directeurs des écoles spécialisées, le directeur du service d'orientation et de soutien et l'administrateur de l'internat sont placés sous l'autorité du directeur.

Art. 9 - Organes administratifs et participatifs

Les organes administratifs du Centre sont le conseil d'administration et la direction.

Les organes participatifs sont les conseils pédagogiques des écoles spécialisées, de l'internat et du service d'orientation et de soutien, ainsi que les organes consultatifs mis en place par le conseil d'administration.

Sous-section 2 - Conseil d'administration

Art. 10 - Composition et durée du mandat

§ 1er - Le conseil d'administration se compose des membres suivants ayant droit de vote :

- 1° deux représentants du pouvoir organisateur de l'enseignement communautaire,
- 2° deux représentants du pouvoir organisateur de l'enseignement libre subventionné,
- 3° un représentant de l'enseignement officiel subventionné,
- 4° un représentant des centres de formation et de formation continue de la classe moyenne,

5° un représentant des organisations syndicales représentatives dans la Communauté germanophone,

6° un représentant des organisations patronales interprofessionnelles de la Communauté germanophone,

7° un représentant du domaine de la formation continue et de la recherche sur l'enseignement inclusif,

8° un représentant qui défend les intérêts des tuteurs légaux,

9° un représentant du secteur de l'information et de la prévention en matière de santé.

Participent aux réunions du conseil d'administration avec voix consultative :

1° les commissaires du Gouvernement visés à l'article 88 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone,

2° le directeur du Centre, le chef du service d'orientation et de soutien ainsi qu'un des directeurs d'école spécialisée délégué par la direction, sauf décision contraire du conseil d'administration pour une réunion donnée,

3° deux représentants des organisations de travailleurs représentatives de la Communauté germanophone,

4° deux représentants des organisations interprofessionnelles d'employeurs de la Communauté germanophone.

Les mandats des membres mentionnés à l'alinéa 1er ont une durée de cinq ans et sont renouvelables.

Les membres du conseil d'administration visés aux alinéas 1er et 2 ne peuvent pas exercer de mandat politique. En outre, ils ne peuvent être des membres du personnel du Centre, à l'exception des membres visés à l'alinéa 2, 2°, ni des membres du personnel d'un des organismes d'intérêt public visés à l'article 87, § 2, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

§ 2 - Pour chacun des membres visés au § 1er, alinéa 1er, est prévu un suppléant, à l'exception des 5° et 6° pour lesquels sont prévus 2 suppléants. Chaque suppléant est élu selon les mêmes critères que le membre effectif qu'il remplace. Si un membre du conseil d'administration perd la qualité en vertu de laquelle il siège au conseil d'administration, son mandat prend fin et le suppléant l'achève. Si le membre suppléant quitte ses fonctions, une nouvelle nomination a lieu pour la période restante. Les membres ont également la possibilité de se faire représenter aux réunions par leur suppléant.

§ 3 - Le Gouvernement nomme les membres effectifs et suppléants du conseil d'administration visés au § 1er, alinéa 1er, 1° à 6°, sur proposition des instances visées aux mêmes points, et les membres effectifs et suppléants visés au § 1er, alinéa 1er, 7° à 9°, sur proposition du Conseil consultatif pour les personnes handicapées. Sur proposition des instances susmentionnées, le Gouvernement peut à tout moment mettre fin au mandat des membres effectifs ou suppléants et désigner de nouveaux membres effectifs ou suppléants pour la période restante.

§ 4 - Le conseil d'administration est dirigé par un président, désigné parmi ses membres. Est en outre prévu un vice-président, également désigné parmi les membres du conseil d'administration.

En ce qui concerne la procédure de désignation, les dispositions de l'article 14, alinéa 1er, s'appliquent. La réunion en question est présidée par le plus âgé des membres visés au § 1er, alinéa 1er. Le règlement d'ordre intérieur visé à l'article 12 fixe les autres modalités de la procédure.

§ 5 - Le conseil d'administration peut consulter des représentants du personnel ainsi que des experts internes et externes et solliciter leur participation aux réunions à titre consultatif. Le conseil d'administration fixe les modalités détaillées dans le règlement d'ordre intérieur visé à l'article 12.

Art. 11 - Missions

Le conseil d'administration dispose de tous les pouvoirs nécessaires pour définir le contenu stratégique, organiser et administrer le Centre, notamment :

- 1° la désignation du directeur, à l'exception du premier directeur,
- 2° la nomination définitive des membres du personnel,
- 3° la désignation des membres temporaires du personnel,
- 4° l'utilisation des ressources financières (budget),
- 5° la passation de marchés de travaux, de fournitures et de services,
- 6° l'établissement d'un inventaire de tous les biens immobiliers du Centre,
- 7° la définition de mesures de construction et de travaux d'entretien,
- 8° la définition des missions confiées au personnel,
- 9° la définition du projet éducatif compte tenu de l'objectif général du Centre tel que défini à l'article 3.

Le conseil d'administration peut déléguer des pouvoirs de décision au directeur.

Art. 12 - Règlement d'ordre intérieur

Le conseil d'administration établit un règlement intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

Art. 13 - Rapport d'activité

Le conseil d'administration dresse un rapport annuel d'activités qui est transmis au Gouvernement et au parlement de la Communauté germanophone au plus tard le 30 juin.

Art. 14 - Quorum de présence

Le quorum est atteint lorsqu'au moins six membres du conseil d'administration sont présents.

Si le quorum de présence requis pour la prise d'une décision n'est pas atteint, le conseil d'administration tient une nouvelle réunion au plus tôt le septième jour et au plus tard le quatorzième jour suivant cette réunion. Au cours de cette assemblée, une décision peut être prise, quel que soit le nombre de membres présents.

Art. 15 - Quorum de vote

Une décision est prise à la majorité simple. Les abstentions ne sont pas autorisées. En cas d'égalité des voix, la voix du président ou, en son absence, celle du vice-président, est prépondérante.

Art. 16 - Expertise et consultation

Le conseil d'administration peut consulter l'avis des conseils pédagogiques ou du conseil consultatif visés à l'article 20.

Le personnel est consulté sur les décisions qui le concernent, telles que définies dans le règlement d'ordre intérieur. Et ce sans préjudice des compétences des comités de négociation et de concertation régies par la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités et par les dispositions d'exécution y afférentes.

Sous-section 3 - Direction

Art. 17 - Composition

La direction se compose du directeur, des directeurs d'écoles spécialisées et du directeur du service d'orientation et de soutien, sans préjudice de l'article 8, § 5.

Art. 18 - Missions et fonctionnement

§ 1er - La direction est chargée de l'administration et de l'organisation quotidiennes du Centre dans les domaines administratif, technique, financier et sur le plan du contenu.

Elle remplit également les missions suivantes :

- 1° elle met en œuvre les décisions du conseil d'administration,
- 2° elle soumet le budget au conseil d'administration pour adoption,
- 3° elle prépare le plan des postes vacants et temporaires,

5° elle rédige, à l'intention du conseil d'administration, le rapport annuel sur les activités du Centre, qui sert de base au rapport d'activité visé à l'article 13,

- 6° elle soumet des propositions concernant les mesures de construction et les travaux d'entretien,
- 7° elle veille à l'application du règlement de travail.

Sans préjudice des dispositions décrétales qui confient des tâches directement au directeur, aux directeurs d'école spécialisée ou au chef du service d'orientation et de soutien, le conseil d'administration établit la description précise des missions du directeur, des directeurs d'école spécialisée et du chef du service d'orientation et de soutien.

§ 2 - La direction prépare les réunions du conseil d'administration en collaboration avec celui-ci.

Sous-section 4 - Organes participatifs

Art. 19 - Conseils pédagogiques

Le conseil d'administration institue un conseil pédagogique pour chaque site de l'enseignement spécialisé, pour l'internat et pour le service d'orientation et de soutien.

Par dérogation à l'alinéa 1er, le conseil d'administration a le pouvoir de regrouper plusieurs conseils pédagogiques en un seul.

Le conseil pédagogique a un droit d'information et de consultation sur toutes les questions pédagogiques et sur tous les points relatifs à l'organisation de l'école spécialisée, de l'internat ou du service d'orientation et de soutien.

Art. 20 - Conseil consultatif

Le conseil d'administration peut convoquer un conseil consultatif afin de commander des expertises sur des questions spécifiques.

Le conseil d'administration décide de la composition et du mandat du conseil consultatif.

Section 4 - Fondement philosophique

Art. 21 - Fondement philosophique

La pluralité articulée constitue le fondement philosophique de la mission et de l'offre du Centre. Elle concerne à la fois l'individu et l'institution en tant que telle.

La pluralité articulée signifie que chaque membre du personnel a le droit d'articuler ce qu'il peut assumer en tant que personne dans le cadre de la mission du Centre et dans le cadre de sa fonction. Il convient de respecter les convictions de l'autre et de se conformer aux conventions des Nations Unies du 20 novembre 1989 relatives aux droits de l'enfant et du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées, à la Déclaration universelle des droits de l'homme des Nations Unies du 10 décembre 1948, à la Convention européenne de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 et à la Constitution.

La mission et l'offre du Centre se réalisent dans un esprit de scientificité maximale et d'objectivité équilibrée.

CHAPITRE 3 - BIENS IMMOBILIERS

Art. 22 - Inventaire des biens immobiliers

Le conseil d'administration dresse un inventaire de tous les biens immobiliers du Centre, avec mention de leur origine et de leur affectation. Il transmet cet inventaire au Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les modalités relatives à l'établissement de cet inventaire.

L'inventaire est continuellement mis à jour par le conseil d'administration. Toute modification ou adaptation est communiquée chaque année avec la proposition de budget au commissaire du Gouvernement chargé de transmettre ces documents au Gouvernement.

CHAPITRE 4 - ENTRÉE EN VIGUEUR

Art. 23 - Entrée en vigueur

Le présent décret spécial entre en vigueur le 1er septembre 2024, à l'exception de l'article 4, qui entre en vigueur à une date fixée par décret.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique
L. KLINKENBERG